

Ulrich Schachtschneider

## Ökologisches Grundeinkommen – eine Beschleunigungsbremse

In diesem Beitrag geht es um die Idee eines ökologisch finanzierten Grundeinkommens und damit um eine gesellschaftliche Utopie. Sie ist eine Antwort auf wesentliche ökologische und soziale Probleme der Ökonomie und der Kultur zeitgenössischer Wachstumsgesellschaften. Wie alle vergangenen Utopien auch, etwa diejenigen der Befreiung von religiöser Herrschaft, der Demokratie, des Sozialstaates etc. wird sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in Kürze erreichen lassen. Aber sollten wir sie deshalb vorschnell verwerfen? Im Beitrag werde ich zeigen, dass diese wachstumsbremsende Regulierungsidee nicht auf ein abgehobenes Utopia hofft, sondern eine mögliche alternative Entwicklungsrichtung darstellt, die auf bestehenden Institutionen, Ansprüchen und Sackgassen moderner Gesellschaft aufbaut.

Ich werde zunächst das Prinzip eines ökologischen Grundeinkommens (ÖGE) erklären, um dann herauszuarbeiten, in welcher Weise es aus verschiedenen Sackgassen bisheriger Umweltpolitik herausführen kann. Ein ÖGE kombiniert ökologische Besteuerung mit Umverteilung von Einkommen und es kann Suffizienz mit der Vielfalt von Lebensstilen verknüpfen. (I).

Doch es handelt sich längst nicht nur um eine geschickte Methode zur Vermeidung von Unzulänglichkeiten der Umweltpolitik. Vielmehr hat es das Potenzial, sowohl einer produktivistischen Ökonomie (II) als auch einer konsumistischen Kultur entgegenzuwirken (III) und damit Postwachstum zu ermöglichen.

Damit könnte ein ökologisch finanziertes Grundeinkommen helfen, die Beschleunigungsmotoren "abzuschalten", die – der Theorie Hartmut Rosas folgend – für die fortwährende soziale Beschleunigung moderner Gesellschaften verantwortlich sind. Es kann den Green New Deal, der sich aktuell als hegemoniales Projekt zur gleichzeitigen Bearbeitung der ökologischen und ökonomischen Krise etabliert, zu einer Postwachstums-Ökonomie entwickeln. Es kann den Fortgang funktionaler Teilung der Gesellschaft durch die Herausbildung von wieder mehr kommunikativ integrierten Lebenswelten bremsen. Und es ist geeignet, Elementen eines „guten Lebens“ eine gastfreundliche Umwelt zu geben und damit die Kultur der Maximierung von Events und Konsumereignissen zurück zu drängen (IV).

Abschließend werde ich zeigen, dass ein ÖGE nicht nur eine potenzielle Beschleunigungsbremse ist, sondern sich besonders zu einer schrittweisen Einführung des Prinzips eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) überhaupt eignet, dass also ein realistischer Weg zu dieser Utopie möglich ist (V).

## I Ökologisches Grundeinkommen als umverteilende und libertäre Umweltpolitik

Ein ökologisches Grundeinkommen (ÖGE) ist ein Grundeinkommen, welches durch Abgaben auf unerwünschten Umweltverbrauch finanziert wird. Besteuert werden soll die Nutzung einiger weniger zentraler Ressourcen und Medien, bei denen nicht die einzelne Toxizität oder Gefährlichkeit der Nutzung, sondern die Quantität das Problem darstellt, z.B. die Emission von CO<sub>2</sub> oder die Nutzung von begrenzten Rohstoffen. Die zentrale Idee ist, dass das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte (etwa einer Öko-Steuer auf Rohstoffe, CO<sub>2</sub>-Emissionen, Flächenverbrauch etc.) gleichmäßig auf die Bevölkerung zurückverteilt wird. Jedem Bürger, vom Säugling bis zum Greis, von Reich bis Arm, wird damit ein „Öko-Bonus“ bzw. ein „ökologisches Grundeinkommen“ ausbezahlt. Die Steuer wird nicht auf Endprodukte erhoben, sondern am Anfang und Ende des Lebenszyklus von Produkten, also bei der Ressourcenentnahme und bei Wiedereinbringung der Stoffe in natürliche Senken. Es handelt sich also um die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens über die Besteuerung einer bestimmten Form des Konsums – desjenigen Konsums, der die Umwelt nach unseren gesellschaftlichen Vorstellungen in falscher Weise belastet, der dem Ziel einer „nachhaltigen Entwicklung“ zuwiderläuft.

### Ökosteuer mit Umverteilung

Halt – ist eine Finanzierung über die Verteuerung von Konsum nicht ungerecht gegenüber den Armen? Haben sie nicht am meisten zu leiden unter einer Erhöhung von Preisen für ihr tägliches Leben, denn die Nutzungsentgelte für Rohstoffe oder Emissionen werden über die Wertschöpfungsketten in die Endprodukte im Laden einfließen? Genau umgekehrt ist es: Wohlhabende haben einen höheren Konsum und damit in der Regel einen höheren Umweltverbrauch. Sie zahlen daher überdurchschnittlich, während sie durch die Pro-Kopf-Ausschüttung nur durchschnittlich von der Auszahlung profitieren, sind also Netto-Zahler. Ärmere und Kinderreiche hingegen gewinnen.

Eine Reihe von Forschungsergebnissen sprechen für diesen Zusammenhang:

- Ein Vergleich deutscher Städte zeigt eine klare Abhängigkeit der CO<sub>2</sub>-Emission vom Pro-Kopf-Einkommen: Frankfurt etwa mit einem BIP von 66.800 €/Person emittiert 11,8 t pro Kopf und Jahr, Berlin mit einem BIP von 21.400 €/Person nur 5,6 t pro Kopf.<sup>1</sup> Die CO<sub>2</sub>-Emission ist ein relativ guter Indikator für den Gesamt-Ressourcenverbrauch, da hoher Materialeinsatz in der Regel auch energieintensiv ist.
- Das Infras-Institut Zürich verglich mit Hilfe ökonometrischer Simulationen die Wirkungen von verschiedenen Formen der Öko-Steuer und kam zu dem Ergebnis, dass eine Öko-Bonus-Lösung (also die paritätische Rückverteilung der Einnahmen) diejenige ist, die eine Umverteilung nach unten bedeuten würde.<sup>2</sup>
- Die Verbraucherzentrale NRW schlug 2008 die Einführung eines kostenlosen Strom-Grundfreibetrags von 250 kWh/Person und Jahr vor, der durch einen höheren Strompreis finanziert werden sollte („Stromspartarif“). Dieser

<sup>1</sup> Economist Intelligence Unit (2011): German Green City Index, P. 13

<sup>2</sup> Infras (o.J.): Soziale und räumliche Wirkung von Energieabgaben. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Z-1

Vorschlag stellt nichts anderes als eine Konkretion des Prinzips Öko-Bonus beim Stromkonsum dar. Eine Studie des Wuppertal-Instituts untersuchte die Wirkung dieser Tarifstruktur auf Haushalte, die von Sozialtransfers leben: 80% würden sich besser stellen als vorher.<sup>3</sup> Der Grund: Auch der Stromverbrauch steigt in der Regel mit dem Einkommen.

- Eine Untersuchung des DIW zeigt, dass die Belastung der privaten Haushalte durch die ökologische Steuerreform in Deutschland (1999-2003) stetig mit dem Einkommen zunimmt: Je höher das Einkommen, desto mehr Verbrauch an Strom, Brenn- und Heizstoffen (DIW 2009).<sup>4</sup>

Natürlich gibt es immer wieder auch Gegenbeispiele. Es gibt Ärmere, die besonders verschwenderische Konsumpraktiken haben und höher belastet wären. Und es gibt Reichere, die besonders Wert auf sparsamsten Umgang legen. Genau das ist aber auch Teil des dem ökologischen Grundeinkommens zugrunde liegenden Prinzips des „Tax and Share“: Für alle bleibt der preisliche Anreiz bestehen, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter vorzuziehen. Und für alle bleibt auch der preisliche Anreiz bestehen, einmal die Null-Option in Erwägung zu ziehen – also bestimmte schädliche Konsumtionen gänzlich sein zu lassen.

So führt ein ÖGE aus dem Dilemma ökonomischer Instrumente der Umweltpolitik ohne Sozialausgleich: Ist der Ökosteuer-Satz zu niedrig, bewirkt er nichts. Ist er zu hoch, wird er unsozial. Hier ist es umgekehrt: Je höher die Sätze werden, desto größer wird der Umverteilungseffekt, und zwar international genauso wie intranational. Das Verfahren kann auf jeder räumlichen Ebene angewendet werden. Solange es etwa keine global verbindlichen Übereinkünfte gibt, kann auch eine Nation alleine damit beginnen, ihre zulässige Umweltnutzung durch Steuern bzw. Zertifikateverkauf zu begrenzen und durch die Rückverteilung der Einnahmen einen Umverteilungseffekt bei sich erreichen.

Eine Komponente eines ressourcenleichten Lebensstils ist das „Anders“, also der Konsum weniger umweltbelastender Alternativprodukte. Hierzu ist die ökologische Finanzierung des Grundeinkommens nicht nur passend, sondern eine notwendige Voraussetzung. Eine Kritik aus ökologischer Sicht gegen das Grundeinkommen lautet bekannterweise, dass dann mit der größeren Massenkauftkraft mehr umweltschädliche Dinge gekauft werden. Genau dies wird durch die Änderung der relativen Preise durch die ökologischen Steuern vermieden: Produkte mit großen ökologischen Rucksack werden teurer als ihre umweltfreundlichen Alternativen.

### Suffizienz ohne Lebensstil-Vorschriften

Die andere Komponente eines ressourcenarmen Lebensstils ist das „Weniger“ konsumieren. Ein ÖGE fördert diese ökologische Genügsamkeit ohne bestimmte Lebensstile vorzuschreiben.

Als soziale gerechtere Alternative zu ökonomischen Instrumenten der Umweltpolitik wird – häufig von linker Seite – verstärkte Ordnungspolitik eingefordert, die über das Setzen von Grenzwerten für die Produktion hinausgeht. Die Politik soll umweltschädliche, unnötige Konsumtionen schlicht und einfach verbieten. Ins Visier genommen werden dabei zuallererst die mit einem hohem symbolischen Luxus-, Schwachsinn- und Schädlichkeitsfaktor belegten Produkte wie Geländewagen,

<sup>3</sup> Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie; Ö-Quadrat (2008): Ökologische und ökonomische Konzepte: Kurzgutachten Stromspartarif

<sup>4</sup> DIW (2009): Wochenbericht des DIW Berlin Nr.14/2009

Südfrüchte, Fernreisen etc. Aber tendenziell alle ökologisch fraglichen Konsumtionen von unnötigen Autofahrten bis hin zu farbigem Toilettenpapier sollen für alle untersagt werden. Dies ist sozial, weil es jeden gleich trifft und möglicherweise auch ökologisch zielführend, schränkt aber die individuelle Freiheit unzulässig ein. Wir können nicht im Detail vorschreiben, welche Fahrzeuge zu welchen Anlässen wann benutzt werden dürfen, welche Möbel in welchen Wohnungen aufgestellt werden dürfen bei wie viel Kindern, welche Speisen aus welchen Ländern ich zu welchen Anlässen in welcher Menge zu mir nehmen darf etc. Das alles – und noch viel mehr – müsste nämlich festgelegt werden. Von welchem Standpunkt aus aber kann welcher Lebensstil untersagt bzw. gestattet werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann dies nur über den Preis von Umweltnutzungen gehen. Nur er ermöglicht den Individuen eine der Modernen angemessene Handlungsfreiheit bei gleichzeitiger Setzung einer Grenze seines Gesamt-Umweltverbrauchs.

Durch ein ÖGE wird die Akzeptanz verschiedenster Lebensstile gewahrt, die im Rahmen der ökologisch-monetären Beschränkung gelebt werden können. Bestimmte Konsumtionen werden zwar unattraktiver, können aber einzeln bzw. in Maßen weiter vollzogen werden. Die umverteilende Wirkung des ökologischen Grundeinkommens sorgt dafür, dass diese individuelle Freiheit nicht auf Wohlhabende beschränkt bleibt, sondern sich im Gegenteil für alle Bevölkerungsteile eröffnet.

Ein EBI könnte also durch seinen umverteilenden und libertären Aspekt aus einer Reihe von Sackgassen der Umweltpolitik herausführen. Es würde anderen und vor allem weniger Konsum in viel stärkerem Maße als bisher fördern. Doch ist dieser geringere Konsum kompatibel mit tieferliegenden wachstumsfördernden Strukturen, insbesondere einer produktivistischen Ökonomie und einer konsumistischen Kultur zeitgenössischer Wachstumsgesellschaften?

## II Eine anti-produktivistische Ökonomie ermöglichen

### Green New Deal ohne Wachstum

Als eine Antwort zur gleichzeitigen Bearbeitung von Wirtschafts- und Ökokrise wird die Idee eines „Green New Deal“ in den letzten fünf Jahren zunehmend hegemonialer. Die Kernidee besteht darin, einen staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub bei grünen Technologien auf einem grünen Markt zu erreichen. Das dadurch induzierte wirtschaftliche Wachstum soll gleichzeitig ökologischen Fortschritt bringen, da mit den neuen Technologien weniger Umwelt verbraucht und geschädigt werde. Diese Idee wurde zunächst von der Partei DIE GRÜNEN, grünen Think Tanks und NGOs in die Debatte gebracht. Sie wird jedoch zunehmend mehrheitsfähig in der gesamten politischen Klasse, wenn auch andere Bezeichnungen verwendet werden, etwa „Green Economy“.

Auch wenn dies zu einem Fortschritt bei grüner Technik führt, verbleibt diese Idee im Rahmen des Produktivismus. Von letzterem können wir sprechen, wenn die Entstehung von neuer Arbeit als Vorteil an sich betrachtet wird: Wenn z.B. für die Einführung neuer Technologien wie das „intelligente Haus“, welches den Stromverbrauch flexibel dem fluiden regenerativen Angebot anpassen kann, geworben wird mit dem Argument, das würde neue Arbeitsplätze für das Handwerk

bringen und „Zukunftsmärkte erschließen“. Auch wenn einige seine Protagonisten es nicht beabsichtigen sollten: Das Erzeugen möglichst vieler Produkte und Dienstleistungen, das Wachstum, bleibt unhinterfragtes Ziel auch der Green Economy. Der Unterschied zum jetzigen Wirtschaften ist, dass technische und organisatorische Alternativen produziert und konsumiert werden sollen.

Aber es gibt auch Varianten eines Green New Deals bzw. einer Green Economy ohne Wachstum. Eine Version wird in der Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ dargelegt. Im Rahmen eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ sind die „Bürger als Unternehmer und Konsumenten aufgerufen, einen Teil ihrer Kapital- und Komfortmacht an die Natur und die Schlechtergestellten auf dem Globus abzutreten.“<sup>5</sup> Die Menschen im Norden bzw. die globale Konsumentenklasse sollen ihren Lebensstil in Richtung Genügsamkeit ändern, anstatt das bisherige Wohlstandsmodell mit neuer Umwelttechnologie zu verlängern. Im Unterschied zu den Varianten des Green New Deal mit Wachstum wird die Verteilungsfrage deshalb gestellt, weil die Autoren offensichtlich eine andere Einschätzung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum mit einer nachhaltigen Entwicklung haben: Dieses Konzept kann als „Sozialer Green New Deal ohne Wachstum“ bezeichnet werden.<sup>6</sup>

Ein ÖGE könnte ein zentrales Element des dafür vorgeschlagenen Gesellschaftsvertrages sein. Durch die Besteuerung von Umweltverbrauch würden die „Bürger“ einen Teil ihrer „Komfortmacht“ an die „Natur“ (durch das Weglassen bestimmter Konsumtionen) und an die „Schlechtergestellten“ (durch die Auszahlung an jeden) abgeben. Aber ein ÖGE ist mehr als ein Umverteilungsmodell. Mit einem ÖGE kann der Green New Deal einen libertären Charakter erlangen, da die Spielräume zur Gestaltung eines eigenen Lebensplans für alle, nicht nur die Begüterten, größer werden.

### Gegen den Produktivismus

Das wichtigste Merkmal des ÖGE für eine Postwachstumsökonomie aber ist: Mit dem ÖGE wird der Green New Deal antiproduktivistisch, denn es bewirkt neben der Förderung technologischer Alternativen mit geringerem Ressourceneinsatz einen generellen Rückgang ökonomischer Aktivitäten.

Erstens wird ökonomische Aktivität generell unattraktiver aufgrund der höheren ökonomischen Sicherheit durch das Grundeinkommen sowie die höheren Preise von Ressourcen. Ein ÖGE sorgt für mehr ökonomische Sicherheit im ökologischen Umbau der Wirtschaft. Wie viele eigentlich als ökologisch schädlich oder als sozial zweifelhaft längst erkannte Produktionen werden heute nolens volens akzeptiert, wenn nicht sogar gefördert, weil daran in der arbeitsplatzfokussierten Regulation der kapitalistischen Ökonomie elementar die persönliche Existenz gekoppelt ist? Die für eine Akzeptanz der mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft verbundenen tiefgreifenden Wandel von Arbeitsplätzen, -strukturen und -qualifikationen nötige sozialpsychologische Situation ist „Angstfreiheit im Wandel“. Während in den hegemonialen Konzeptionen zur besseren Bearbeitung der ökologischen und ökonomischen Krise wie dem Green New Deal die Sorgen der Menschen mit der Aussicht auf neue Arbeitsplätze beruhigt werden sollen, besteht das Konzept des

<sup>5</sup> BUND, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M., S. 607

<sup>6</sup> vgl. die verschiedenen Varianten eines Green New Deals in: Schachtschneider, Ulrich (2009)

ÖGE in der Garantie sozialer Sicherheit – einer sozialen Sicherheit unabhängig von Wirtschaftswachstum! Die durch das Grundeinkommen bewirkte größere Wahlfreiheit des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur emanzipatorischer Fortschritt, sondern auch ein ökologisches Plus: Der Zwang zu ökologisch problematischen ökonomischen Aktivitäten wird dann geringer.

Zweitens macht ein Grundeinkommen die Gesellschaft gleicher. Gleichheit als eine soziale Realität und als ein Gefühl ist wichtig für die Akzeptanz von Umweltpolitiken, die eine ökologische Transformation der Wirtschaft fördern.

Drittens entwickeln sich die Arbeitsverhältnisse mit einem Grundeinkommen weniger hierarchisch. Die Menschen werden nur an solchen Produktionen teilnehmen, die aus ihrer Sicht Sinn machen.

### Finanzierbar auch bei Degrowth

Neben den technischen Wegen der Effizienz und der Konsistenz (Verträglichkeit anthropogener und natürlicher Stoffkreisläufe, z.B. Kreislaufwirtschaften) wird also auch der nicht-technische Weg der Suffizienz, d.h. der Genügsamkeit gefördert. Das Verhältnis von technischem und nicht-technischem Weg kann nicht vorausgesagt werden. In jedem Fall aber hat das ökologische Grundeinkommen eine deproduktivistische Komponente und ist damit Bestandteil einer Postwachstumsökonomie. Die deproduktivistische Wirkung läuft der Finanzierungsfunktion für das Grundeinkommen nicht entgegen. Werden weniger Güter konsumiert und produziert, was aus ökologischen Gründen erwünscht ist, kann das Aufkommen dennoch gleich bleiben oder sogar steigen: Durch die sukzessive Erhöhung der Steuersätze. Die Aufrechterhaltung des Ausschüttungsvolumens erfordert also nicht die Aufrechterhaltung einer bestimmten Menge einer unerwünschten, umweltbelastenden Produktion, wie einige Kritiker einwenden.

Zusammengefasst kann gesagt werden: Ein ÖGE als Kern eines libertären und antiproduktivistischen Green New Deal würde nicht nur eine höhere Stufe des Sozialstaats konstituieren, sondern auch eine höhere Stufe des Umweltstaates. Eine höhere Stufe deswegen, weil die Strukturprobleme der Arbeit und die Strukturprobleme der Umwelt im Sinne der „Grundnorm gleicher realer Freiheit“ (Claus Offe)<sup>7</sup> gelöst würden. Eine höhere Stufe deswegen, weil – ganz im Sinne von Habermas – die Dominanz der Systeme Markt und Staat über die „Lebenswelt“ zurückgedrängt wäre. Diese höhere Stufe des Wohlfahrts- und des Umweltstaates wird als Wachstumsbremse wirken.

### III Eine anti-konsumistische Kultur etablieren

Die konsumistische kulturelle Orientierung am „immer mehr“ und „immer vielfältiger“ ist weitgehend ungebrochen. Der Versuch, das begrenzte Leben mit einem Maximum konsumtiver Events zu füllen, ist zwar in den letzten Jahren in die Kritik geraten. Eine Kultur der Entschleunigung wird nicht nur aus Gründen eines besseren Lebens zunehmend thematisiert. Besonders in der ökologischen Debatte wird seit langem ein

---

<sup>7</sup> Offe, Claus (2009): Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat.

ressourcenleichter Lebensstil propagiert. Doch offensichtlich kommt dieser seit 20 Jahren von vielen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen teilweise mit viel medialem Aufwand betriebene Appell jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen nicht an.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen mit seiner ökonomischen Basissicherheit kann dem entgegenwirken. Es bietet allen den Raum für das Ausprobieren anderer Lebensstile, erleichtert ein Leben in freiwilligen Gemeinschaften, mit mehr individuellen Freiräumen, aber weniger Konsum- und Erwerbsdruck. Das BGE erleichtert es allen, aus der Tretmühle „Erwerbsarbeit - Konsum – Erwerbsarbeit“, zunächst einmal auf Probe auszusteigen. Neue Lebensstile des „Weniger“, des „Zeitwohlstands“, der stärkeren Orientierung auf nicht-monetäre Eigen- und Gemeinschaftsarbeit anstatt Erwerbsarbeit hätten eine Chance, auch jenseits von Randgruppen ausprobiert und geschätzt zu werden

### Räume jenseits der Psychologie des Mangels

Ein BGE schafft aber auch die sozialpsychologischen Voraussetzungen für ein anderes Bewusstsein, für ein Gefühl der Fülle statt des Gefühls des Hinterherlaufens. Der Psychoanalytiker Erich Fromm schrieb: „Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus, (...). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität“ (Fromm 1999)<sup>8</sup>. Erst jenseits dieser Ängste, nicht mitzukommen, können Sinnfragen nicht mit einer Beschleunigung des Konsums von Gegenständen, Urlauben, Beziehungen etc beantwortet werden: „Bisher war der Mensch mit seiner Arbeit zu sehr beschäftigt (oder er war nach der Arbeit zu müde), um sich ernsthaft mit den Problemen abzugeben: „Was ist der Sinn des Lebens?“, „Woran glaube ich?“, Welche Werte vertrete ich?“, „Wer bin ich?“ usw. Wenn er nicht mehr ausschließlich von seiner Arbeit in Anspruch genommen ist, wird es ihm entweder freistehen, sich ernsthaft mit diesen Problemen auseinander zu setzen oder er wird aus unmittelbarer oder kompensierter Langeweile halb verrückt werden.“ (ebd.) Ein BGE gibt den Menschen ökonomisch und psychologisch eine Basissicherheit. Genau das macht den ökologischen Umbau attraktiver für breitere Schichten der Gesellschaft.

Das für eine weniger konsumistische Einstellung notwendige Gefühl der Fülle ist nicht nur abhängig vom Vorhandensein einer materialen Basissicherheit. Das Zufriedenheitsgefühl des Einzelnen hängt ebenso ab von der Stellung innerhalb der Hierarchie einer Gesellschaft bzw. von der Hierarchieförmigkeit selber einer Gesellschaft. Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto weniger kann sich ein Gefühl der Fülle einstellen, und zwar für Menschen auf allen Hierarchiestufen.

Mehr ökonomische Ungleichheit sorgt für mehr Status-Konsum. Der Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und die Gesundheitswissenschaftlerin Kate Pickett verglichen Industriegesellschaften mit unterschiedlichen Reichtumsverteilungen hinsichtlich des Sparverhaltens. Ihr Ergebnis: Je ungleicher

---

<sup>8</sup> Fromm, Erich (1999): Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Band V, S.309-316, München (Original 1966)

die Gesellschaften sind, desto geringer ist die Sparquote (Wilkinson/Pickett 2010).<sup>9</sup> Die Autoren geben dafür eine einleuchtende Erklärung. Mit Konsum können die Menschen ihren Status anzeigen. Wer unten ist, kann sich durch demonstrativen Konsum etwas erhöhen, auch wenn er es sich eigentlich nicht leisten kann. Auch wer sich in der Mitte positioniert sieht, versucht dies durch standesgemäße materiale Ausstattung und den Konsum von Dienstleistungen zu beweisen. Um mitzuhalten oder sogar zu zeigen, dass er eigentlich ein bisschen höher steht, ist er bereit, sich zu verschulden. Der Psychoanalytiker Alfred Adler schrieb: „Menschsein heißt, ein Minderwertigkeitsgefühl zu besitzen, das ständig nach seiner Überwindung drängt.“<sup>10</sup> Wilkinson/Pickett führen eine Untersuchung von Solnick/Hemenway an, nach der 50 % der Menschen auf 50% ihres Einkommens verzichten würden, wenn sie dafür mit anderen gleichgestellt wären. Sie fanden zudem Korrelationen zwischen ökonomischer Ungleichheit und der Zunahme von Ängsten, psychischen Krankheiten, Depressionen etc heraus.

Ungleichheit ist in diesem Zusammenhang nicht nur in ökonomischer Hinsicht zu verstehen. Wer sich in der Familie, auf der Arbeit, in der Politik etc unterdrückt sieht, wird dies eher durch Konsum zu kompensieren zu versuchen („jetzt gönne *ich* mir auch mal etwas“). Menschen, die sich in ihren Zusammenhängen aufgehoben und gewürdigt fühlen, haben dies weniger nötig. Es ist nicht nur die moderne Version der Verheißung nach maximaler Lebensausfüllung, die die Menschen nach maximalem Konsum von Gütern und Erlebnissen streben lässt, sondern auch die Ungleichheit und Herrschaftsförmigkeit einer Gesellschaft.

### Mehr Gleichheit und weniger Herrschaft für alle

Daraus folgt: Soll dieses „Weniger“ nicht nur für Randgruppen attraktiv sein, so muss die Gesellschaft insgesamt weniger herrschaftsförmig werden. Ein genügsamerer Lebensstil, eine „Eleganz der Einfachheit“ kann sich nur entwickeln auf der Basis eines freiheitlichen Lebensalltags. Wer unten ist oder sich in welcher Weise auch immer unterdrückt fühlt, wer ständig ein Gefühl der Knappheit empfindet, wer seine Arbeit als entfremdet wahrnimmt, wird sich nicht zu neuer Bescheidenheit überzeugen lassen. Er braucht vielmehr zur Kompensation demonstrativen Status-Konsum, entschädigende Erlebniswelten, führt Aufholjagden etc.

Herrschaftsärmere Verhältnisse bewirken eine Reduktion des Konsums um die Anteile, die rein kompensatorischen Motiven zuzuordnen sind. Es verbleibt ein stärker authentischer Konsum: Der Konsum, der den eigentlichen Bedürfnissen eher entspricht.

Durch mehr soziale Sicherheit, mehr Gleichheit und weniger Hierarchie führt ein Grundeinkommen ebenso zu einer authentischeren Produktion (s.o.). Die Ökonomie wird also von beiden sie bestimmenden Seiten her authentischer. Wir können das Grundeinkommen daher auch als „Authentizitätspauschale“ bezeichnen.

An die Stelle von nicht authentischem Produzieren und Konsumieren treten dann Werte, die mit dem Begriff „gutes Leben“ zusammengefasst werden. Um ein gutes

---

<sup>9</sup> Wilkinson/Pickett (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

<sup>10</sup> Adler, Alfred 1973 (1933) : Der Sinn des Lebens, Frankfurt/M. S. 55 (zitiert nach Wilkinson/Pickett 2010)



Leben jenseits des Wachstums führen zu können, muss die Politik eine „gastfreundliche Umgebung“ schaffen, so die Wachstumskritiker Robert und Edward Skidelsky. Sie kritisieren die reine Lehre des politischen Liberalismus, der den Staat aus Fragen des guten Lebens heraushalten will (Skidelsky 2013).<sup>11</sup> Als Basisgüter eines guten Lebens nennen sie u.a. „Harmonie mit der Natur“, „Sicherheit“ (relative Kalkulierbarkeit der Zukunft), Respekt (gegenseitige Anerkennung), „Muße“, „Persönlichkeit“ (Option auf die Entwicklung eines eigenen Lebensplans), „Freundschaft“ (nicht instrumentelle oder aufgezwungene Beziehungen). R. und E. Skidelsky plädieren für eine „Sozialpolitik für die Basisgüter“, und dazu zählen sie auch ein BI. Wir wissen nicht, wie die beiden Autoren zum ÖGE stehen. Für das Basisgut „Harmonie mit der Natur“, aber auch für „Muße“ wäre diese Art der Finanzierung aber sicher die beste, da sie die Wirkung des BGE in eine anti-produktivistische Richtung treibt.

Die hier angeführten Argumente für eine anti-produktivistische und anti-konsumistische Wirkung sind allgemein gültig für ein Grundeinkommen, unabhängig von seiner Finanzierung. Aber mit einem über Ökosteuern finanzierten Grundeinkommen erhalten wir mehr Gewissheit über die Richtung der Reduzierung. Besonders die ressourcenintensiven Tätigkeiten würden abnehmen. Die Zange würde von zwei Seiten angesetzt: Es würde allgemein weniger Motivation zum Arbeiten und Konsumieren geben und es würde schwieriger, ressourcenintensive Dinge zu produzieren und konsumieren.

Die ökologische Finanzierung würde uns einen weiteren wichtigen Vorteil geben: Wenn ein Grundeinkommen entgegen der Annahmen nicht zu weniger Produktion und weniger Konsum führt, wird die Finanzierung über Öko-Steuern Produktion und Konsumtion in eine ressourcenleichte Richtung wandeln. In diesem Fall würden wir eins unserer zentralen Ziele – weniger Umwelteinwirkung – auch mit konstantem oder wachsendem BIP erreichen. Wahrscheinlich aber werden wir mit dem ökologischen Grundeinkommen eine Mischung aus alternativem Konsum und weniger Konsum haben.

#### **IV Ein Beitrag gegen soziale Beschleunigung**

Ein ÖGE würde wie gezeigt eine authentischere Produktion und eine authentischere Konsumtion fördern. Doch eine Wachstumsgesellschaft besteht nicht nur aus Ökonomie. In der westlichen Moderne wirken offensichtlich eine ganze Reihe von Beschleunigungsdynamiken, wie der Soziologe Hartmut Rosa in seiner Theorie sozialer Beschleunigung überzeugend dargelegt hat (Rosa 2005, 2012).

Demnach ist die Moderne einem dreidimensionalen, autodynamischen Zirkelprozess aus technischer Beschleunigung (z.B. Verkehr, Kommunikation), einer dadurch geförderten Beschleunigung sozialen Wandels (z.B. berufliche, familiäre Beziehungsmuster) und einer wiederum daraus resultierenden Steigerung des individuellen Lebenstempos (Anpassungsprozesse sind zeitintensiv, ständiges Hinterherlaufen etc.) ausgesetzt. Die Verknappung der individuellen Zeitressourcen

---

<sup>11</sup> Robert und Edward Skidelsky (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens.

wiederum treibt technische Beschleunigung voran usw.<sup>12</sup> Dieser basale „Beschleunigungszirkel“ wird Rosa zufolge zusätzlich angetrieben von „externen Motoren“, einem ökonomischen, einem kulturellen und einem sozialstrukturellen. Ein ÖGE hat nun – so meine abschließende These - das Potential, alle drei von Rosa identifizierten Motoren sozialer Beschleunigung in der modernen Gesellschaft zu verlangsamen bzw. sie auszuschalten, möglicherweise sie sogar in Bremsen umzukehren.

### **Ein antiproduktivistischer Green New Deal: Bremse für den ökonomischen Motor**

Als „ökonomischen Motor“ sozialer Beschleunigung erkennt Rosa die kapitalistisch organisierte Ökonomie. Wie kein anderes Wirtschaftssystem treibe sie mit ihrem Prinzip „Zeit ist Geld“ den Beschleunigungsprozess voran. Wer ein gegebenes Produkt schneller produziert, produziert in der Regel auch billiger und erlangt entscheidende ökonomische Vorteile. Wer schneller ein neues Produkt erfindet und es schneller erfolgreich vermarktet, kann auch dann überleben, wenn er auf einem bestehenden Markt nicht erfolgreich ist oder dieser gesättigt ist. Je schneller das investierte Kapital sich reproduziert, desto größer die Chance im Wettbewerb um Kapitalgeber. Zwingendes Korrelat der Steigerung der Produktionsrate ist die Steigerung der Konsumtion. Das Grundproblem kapitalistischer Wirtschaft ist - so Rosa - nicht die Verteilung, sondern die Aufrechterhaltung beschleunigter Zirkulation. Dafür muss die politische Regulierung der Wirtschaft produktivistisch und wachstumsfördernd ausgerichtet sein: Je mehr produziert wird, desto besser.

Ein ÖGE wirkt genau gegenteilig. Es ist, wie oben gezeigt, zentrales Element eines anti-produktivistischen Green New Deals. Daher wirkt es als Bremse für den Beschleunigungsmotor kapitalistische Ökonomie. Dies kann geschehen, ohne den Kapital- und Marktmechanismus ganz abzuschaffen. Der Innovationen, ökonomische Komplexität und individuelle Freiheit ermöglichende Markt und das Prinzip der Kapitalbildung selbst, welches erst größere Projekte ermöglicht, bleiben bei einem ÖGE prinzipiell erhalten - auf gebremsten Niveau.

### **Mehr Lebenswelt: Bremse für den sozialstrukturellen Motor**

Der zweite von Rosa diagnostizierte Antrieb für soziale Beschleunigung ist die Dynamik der funktionalen Differenzierung, d.h. die Aufteilung gesellschaftlicher Funktionen in spezialisierte Teilsysteme (der Wirtschaft, der Politik, der Familie etc). Dies ermöglicht zunächst eine höhere Verarbeitungsgeschwindigkeit für anstehende Aufgaben, da keine Rücksicht mehr auf funktionsfremde Gesichtspunkte genommen werden muss. In der Wirtschaft etwa muss nicht mehr gefragt werden, wie eine Entscheidung auf die Familie oder die Politik wirkt – und umgekehrt. Damit wird ein schnelleres Prozessieren in Wirtschaft, Politik und Familie möglich, was eigentlich Zeitgewinne ermöglichen würde. Da in der Gesamtgesellschaft aber auf diese Weise komplexere Aufgaben abgearbeitet werden können, Optionen und

---

<sup>12</sup> Der gesamte theoretische Ansatz kann hier nur äußerst vereinfacht dargelegt werden. Ausführlich nachzulesen in Rosa (2005), Rosa (2012)

Handlungsalternativen steigen, geraten spezialisierte Systeme dennoch unter Beschleunigungsdruck: Die für ihre Entscheidungen relevante Umgebung ändert sich immer schneller, die Bearbeitungszeiträume für Entscheidungen innerhalb der Teilsysteme verkürzen sich (Rosa 2005:297f.)

Das hat Auswirkungen auf die in ihnen tätigen Akteure und die Geschwindigkeit sozialen Wandels. Die Teilsysteme werden immer „gieriger“ gegenüber ihren Akteuren, erheben „totale Zeitanprüche“ (Rosa 2005: 304f.): Der Drang zur Schließung von Leerzeiten steigt, systemische Prozesse laufen der Tendenz nach rund um die Uhr. Im Internet könnten jederzeit Produkte weiterentwickelt werden, Gottesdienste würden quer durch die Woche angeboten, Familienangelegenheiten ständig zwischendurch geregelt etc. Die Non-Stop-Gesellschaft drängt auf das Verschwinden kollektiver Zeitmuster und beschleunigt damit die Auflösung festgefügt sozialer Praxen, Beziehungsmuster und Assoziationsstrukturen. An ihre Stelle treten „fluide(r), in permanenter Bewegung und Wandlung begriffene(r)“ kulturelle, finanzielle und sinngebende Ströme rund um den Globus, die beliebig miteinander kombinierbar sind (Rosa 2005:177). Dieser ständige soziale Wandel erfordert ebenso ständige Anpassungsleistungen der Subjekte, was zu einer enormen Beschleunigung des empfundenen Lebenstempos führt etc., den Beschleunigungszirkel also weiter vorantreibt.

Auch dem dafür von Rosa verantwortlich gemachten Motor „funktionale Differenzierung“ wirkt ein Grundeinkommen entgegen. Mit seinen Sicherheiten und Freiräumen begünstigt es die Entstehung gemeinschaftlicher, kommunikativ strukturierter Lebenswelten, etwa Projekte des gemeinsamen Lebens und Arbeitens, Nachbarschaftshilfen, urban gardening etc.. Sie treten zu den weiter wirkenden funktional differenzierten Teilsystemen in Ökonomie, Politik, Wissenschaft etc. neu hinzu. Damit kann eine wieder stärker integrierte, entdifferenzierte Sphäre entstehen. In ihr gehen die Dinge langsamer voran, da unterschiedlichste Ansprüche (etwa an Kultur, Ökonomie, Normen) kommunikativ kompatibel gemacht werden müssen. Dies kostet zunächst Lebenszeit und könnte die Beschleunigung des Lebenstempos noch verstärken. Der ständigen sozialen Wandel und Anpassung hervorrufoende Beschleunigungsdruck der funktionalen Teilsysteme hingegen wird dort weniger wirksam sein. Der Motor funktionale Differenzierung wäre damit gebremst. Ob dies im Endeffekt zu einer Verringerung des Lebenstempos führt, hängt dann von den Zielen und Ansprüchen innerhalb der kommunikativ integrierten Sphären ab. So könnte der neue zeitliche Freiraum aufgrund zu großer partizipativer Ansprüche durch zu viel Kommunikationszeit wieder aufgezehrt werden.

In jedem Fall wäre der Preis (oder eben: der Gewinn) für einen wieder größeren Anteil von „Sozialintegration“ statt „Systemintegration“ (Habermas) in der Gesellschaft eine langsamere Wirtschaft, ein langsamerer sozialer Wandel.

### **Mehr Gleichheit und weniger Herrschaft: Bremse für den kulturellen Motor**

Als dritten Antrieb sozialer Beschleunigung beschreibt Rosa die moderne „Verheißung der Beschleunigung“. Dieser „kulturelle Motor“ umfasse zwei Aspekte des modernen Ethos, die den durch beschleunigten sozialen Wandel ohnehin laufenden Prozess der Beschleunigung des Lebenstempos zusätzlich verstärken:

Zum einen wirke eine aktualisierte protestantische Ethik auch nach dem in den letzten zwei Jahrhunderten vollzogenen Säkularisierungsprozess. Während der

Genese des Kapitalismus waren die puritanischen Protestanten (als Arbeiter oder als Unternehmer) von der Angst getrieben, ihr Seelenheil zu verfehlen durch zu geringe Arbeitsanstrengungen im irdischen Leben und lieferten so die „passgenaue kulturelle Entsprechung für die kapitalistische Zeitökonomie“ (Rosa 2005: 282). Im Modernisierungsprozesses der Zurückdrängung religiös begründeter Lebensethiken wandelten nun – so Rosa – Angst und Verheißung lediglich ihre Form, in dem sie „ihre Projektionsfläche aus dem Bereich der extrasozialen Transzendenz (ewiges Heil vs. Verdammnis) in den systemimmanenten Bereich des sozialen Wettbewerbs verlagerte“ (S. 284). Die neue Verheißung sei der Erfolg, die neue Grundangst der Misserfolg im Wettbewerb – und damit meint Rosa längst nicht nur die Ökonomie. In tendenziell allen Lebenssphären wie Familie, Intimbeziehungen, Freundschaften, Beruf (mit Ansprüchen jenseits ökonomischer Motive), Kultur, gesellschaftliches Engagement, Arbeit am eigenen Körper etc. sind die Individuen dem ständigen Druck ausgesetzt, eine gute Performance zu bringen. Das wird umso schwieriger, als sich die Rahmenbedingungen in diesen Bereichen ständig und beschleunigt ändern. Es droht immer die Gefahr, an Anerkennung zu verlieren, als Versager zurückzubleiben. Rosa erklärt so das um sich greifende Gefühl, „in allen Daseinsbereichen“ auf rutschenden Abhängen („slipping slopes“) zu stehen.

Zum zweiten werde das unvermeidliche Drama der Endlichkeit des Lebens von den meisten Menschen zu kompensieren versucht, in dem sie möglichst viele „Weltoptionen“ auskosten. Sie versuchen, eine möglichst große Anzahl von Events, Episoden und Lebensansprüche in die begrenzte Lebensspanne zu packen: „Wer doppelt so schnell lebt, kann doppelt so viele Weltmöglichkeiten realisieren“ (S.291). Rosa fasst diese „säkularisierte Glücks- und Zeitkonzeption“ in Anlehnung an Gerhard Schulze („Erlebnisgesellschaft“): „Je mehr Erlebnismittel (Fernsehprogramme, Kleider, Urlaubssituationen, Partner usw.) wir uns aneignen (Vermehrung) und je mehr wir sie in der Zeit zusammendrängen (Verdichtung), desto reicher wird unser Innenleben: Seinssteigerung durch Habens-Steigerung“ (Schulze 1997, zit. in Rosa 2005: 290)

Auch dieser „kulturelle Motor“ wird durch ein Grundeinkommen entschärft. Mit seiner ökonomischen Basissicherheit macht es das Ausprobieren anti-konsumistischer Lebensstile einfacher. Ein Grundeinkommen bewirkt aber auch weniger Herrschaft und weniger Ungleichheit. Es schafft dadurch, wie oben gezeigt, die sozialpsychologischen Voraussetzungen dafür, dass ein Gefühl der Zufriedenheit und der Fülle den Druck, hinterher laufen zu müssen, zurückdrängen kann. Ein Grundeinkommen gibt den Menschen ökonomisch und psychologisch die Basissicherheit, sich nicht auf einem rutschenden Abhang zu befinden. Wird es zudem über Ökosteuern finanziert, verbessern sich die Rahmenbedingungen für die Ausbreitung eines Gefühls der Fülle weiter. Die Entscheidung für Muße anstatt Konsumtion wird bei einem ÖGE durch die Verteuerung vieler ökonomischer Aktivitäten mit hohem Ressourcenverbrauch mikroökonomisch unterstützt.

## **V Ein Einstieg in Entschleunigung ist möglich**

Rosa betont, dass der Einzelne kaum aus den Dynamiken sozialer Beschleunigung fliehen kann, auch wenn der Wunsch nach Entschleunigung immer häufiger zu vernehmen ist. Es komme darauf an, auf der gesamtgesellschaftlichen bzw.

politischen Ebene auf die Strukturen sozialer Beschleunigung einzuwirken. Ein Grundeinkommen ist – so habe ich versucht zu zeigen – genau dazu ein Beitrag.

Alle drei Motoren der sozialen Beschleunigung können mit einem Grundeinkommen zumindest verlangsamt, wenn nicht „ausgeschaltet“ werden. Der Effekt verstärkt sich, wenn dieses Grundeinkommen mit Ökosteuern finanziert wird. Dies gilt besonders für den ökonomischen Motor. Das vom Wachstum unabhängig machende umwelt- und sozialpolitische Prinzip des Tax and Share kann eine anti-produktivistische Regulierung der kapitalistischen Ökonomie ermöglichen.<sup>13</sup> Aber auch die Beschleunigungstreiber funktionale Differenzierung und die Kultur der Maximierung von Konsumereignissen können besser zurückgedrängt werden, wenn zu den durch das Grundeinkommen geförderten Freiräumen bzw. dem gastlichen Umfeld für ein „gutes Leben“ ein mikroökonomischer Druck zum suffizienten Verhalten hinzukommt.

Natürlich existiert aktuell keine Mehrheit zur Einführung eines Grundeinkommens. Wir können nicht auf ein „System-Hopping“ des Sozialstaates setzen, bei dem irgendwann auf einmal (ab Montag früh) das existenzsichernde bedingungslose Grundeinkommen gilt und alle anderen sozialen Sicherungssysteme abgeschaltet werden. Die Wirkung eines derartig abrupt wirkenden sozio-ökonomischen Groß-Experiments am lebendigen Körper der Gesellschaft ist zu unberechenbar – sind doch das gesamte ökonomische Gefüge, die Preise, der Arbeitsmarkt, die Nachfrage und die Produktion plötzlich völlig neuen Bedingungen ausgesetzt. Die Angst von Politik und Bürgern vor einem solchem Crash ist zu Recht da und wäre unüberwindbar. Allenfalls in einer existenziell bedrohlichen Krisenlage oder einer Post-Katastrophensituation (z.B. nach einem Krieg) ist ein derartig abrupter Neuanfang denkbar. Darauf sollten wir nicht hoffen.

Neue Paradigmen lassen sich in der Regel nur über Prototypen und kleine Einstiegsprojekte etablieren. Ein ÖGE eignet sich hervorragend zu einer solchen schrittweisen Einführung. Es kann klein begonnen werden, um das Prinzip zunächst als solches zu verankern. Ein ÖGE kann langsam parallel zur bisherigen sozialen Sicherung aufgebaut werden. So kann Sicherheit im Wandel entstehen, so bleibt ausreichend Zeit für Anpassungsprozesse. Mit dem Prinzip des Tax and Share könnte auf verschiedenen Ebenen und bei verschiedenen Umweltmedien begonnen werden:

- Die Deutschland zustehenden Einnahmen aus einem revitalisierten EU-Emissionshandel (wenn die Zertifikate verknappt werden) werden auf ca. 20 Mrd. €/Jahr geschätzt. Werden sie pro Kopf ausgeschüttet, bekommt eine 4-köpfige Familie 1000 Euro/Jahr „Öko-Bonus“ bzw. ökologisches Grundeinkommen.
- Würde die „Ökosteuer“ in Deutschland so erhöht, dass die Endpreise für Strom und Brennstoffe um 10% steigen, könnte dieser Familie zusätzlich 1.000 € im Jahr ausgezahlt werden, bei einem Anstieg bis zu 50% höheren Endpreisen wären es 4.000 € bzw. 1000 €/Person
- Es könnte eine Steuer auf Baustoffe, Metalle, seltene Erden (Metalle) etc eingeführt werden. Dies wäre nicht nur eine weitere Quelle für das Grundeinkommen, sondern würde einen Schub in Richtung Kreislaufwirtschaft bringen

---

<sup>13</sup>

Ob dann noch von Kapitalismus gesprochen werden kann, soll und kann hier nicht weiter thematisiert werden. Zumindest wäre die Wirksamkeit von Kapitalinteressen zurückgedrängt.

- Die Neu-Versiegelung von Flächen (in Deutschland täglich ca. 100 ha) könnte mit einer Abgabe versehen werden, um diesen Prozess endlich wirksam zu verlangsamen
- Das ÖGE kann auch in materialer Form eingeführt werden, zum Beispiel als Basisfreimenge Strom oder Gas, finanziert über einen höheren Preis für den darüber hinausgehenden Verbrauch. Ein solcher „Spar-Tarif“ wurde von der Verbraucherzentrale NRW 2008 vorgeschlagen. Über das Energiewirtschaftsgesetz könnte das Anbieten einer solchen Tarifstruktur bundesweit für jeden Versorger vorgeschrieben werden.

Das alles ergibt noch kein volles Grundeinkommen. Aber es sind Schritte in die richtige Richtung. Es ist die Basis für mehr. In welcher Weise dieses Mehr, der Rest zum existenzsichernden Grundeinkommen, dann später dazukommt, ist nicht vorgegeben. Eine Möglichkeit ist, die ökologische Besteuerung sukzessive zu erhöhen und auf weitere Umweltmedien auszuweiten, so dass irgendwann einmal eine Höhe von z.B. 600-800 €/Monat erreicht ist. Eine andere Möglichkeit ist es, all die anderen vorgeschlagenen Finanzierungsarten zu addieren und so zu einem mischfinanzierten Grundeinkommen zu kommen.

Auch kleine Schritte zu einem vollen ökologischen Grundeinkommen könnten schon die Gewichte verschieben. Die Beschleunigungsmotoren würden dadurch vielleicht zunächst nur etwas langsamer. Wahrscheinlich muss aber eine kritische Schwelle, d.h. ein Grundeinkommen bzw. eine ökologische Besteuerung in einer bestimmten Höhe, überschritten werden, um überhaupt einen Effekt zu erzielen. Denn dieser basiert wesentlich auf einer größeren Basissicherheit, auf mehr Gleichheit, weniger Herrschaftlichkeit und mehr experimentellen Freiräumen für alle. Diese Qualitäten können aber weit vor der Erreichung eines voll existenzsichernden Grundeinkommens partiell erreicht werden. Ab welcher Höhe eines ÖGE der ökonomische, kulturelle oder sozialstrukturelle Beschleunigungsmotor gänzlich „abgeschaltet“ wird oder sogar in eine Bremse verwandelt wird, kann keineswegs quantifiziert werden. Prinzipiell sprechen aber – so habe ich versucht zu zeigen - eine Reihe von Gründen dafür, dass das Prinzip ÖGE bzw. Tax and Share geeignet ist, nicht nur punktuelle Oasen zu schaffen, sondern strukturelle Entschleunigung in der Gesamtgesellschaft zu stützen.

Stand: 22.08.2014

Ulrich Schachtschneider  
Dipl.-Ing. Dr.rer.pol  
Energieberater, freier Sozialwissenschaftler und Autor  
[ulrich.schachtschneider@gmx.de](mailto:ulrich.schachtschneider@gmx.de)  
[www.ulrich-schachtschneider.de](http://www.ulrich-schachtschneider.de)

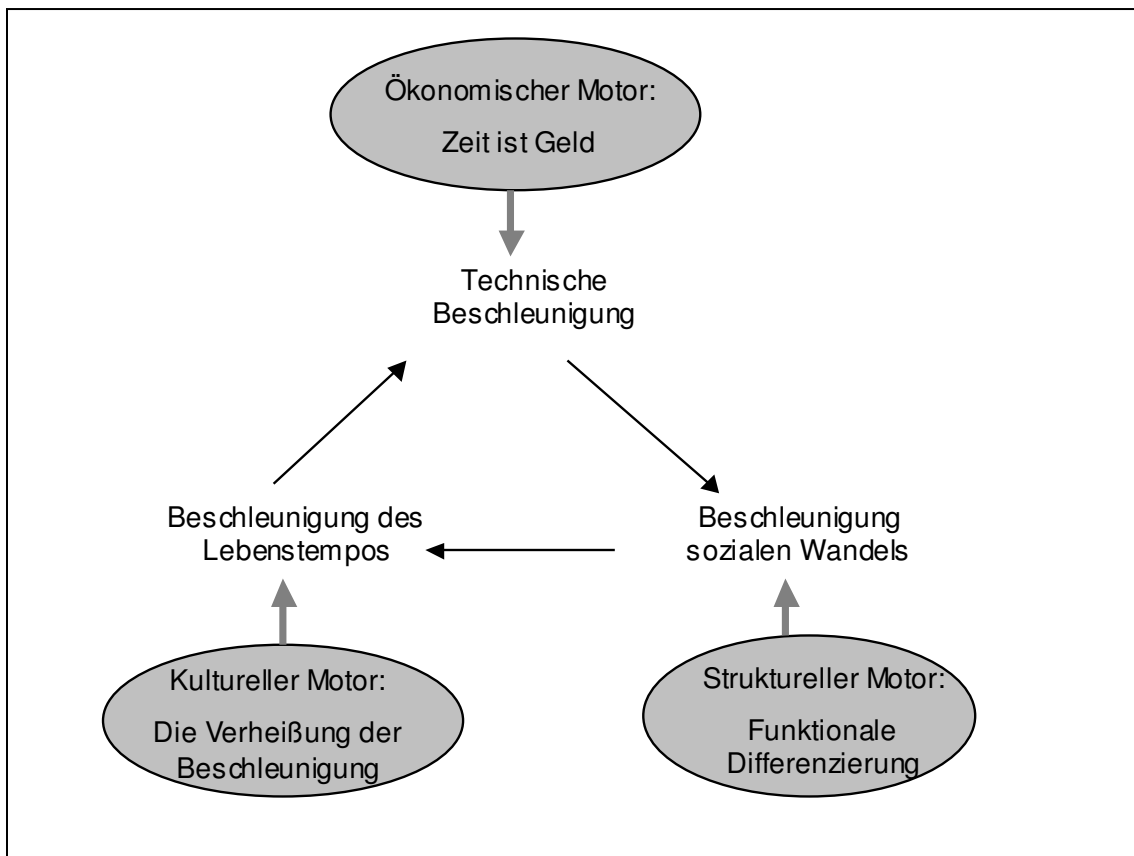


Abb. 1: Beschleunigungsmotoren nach Rosa

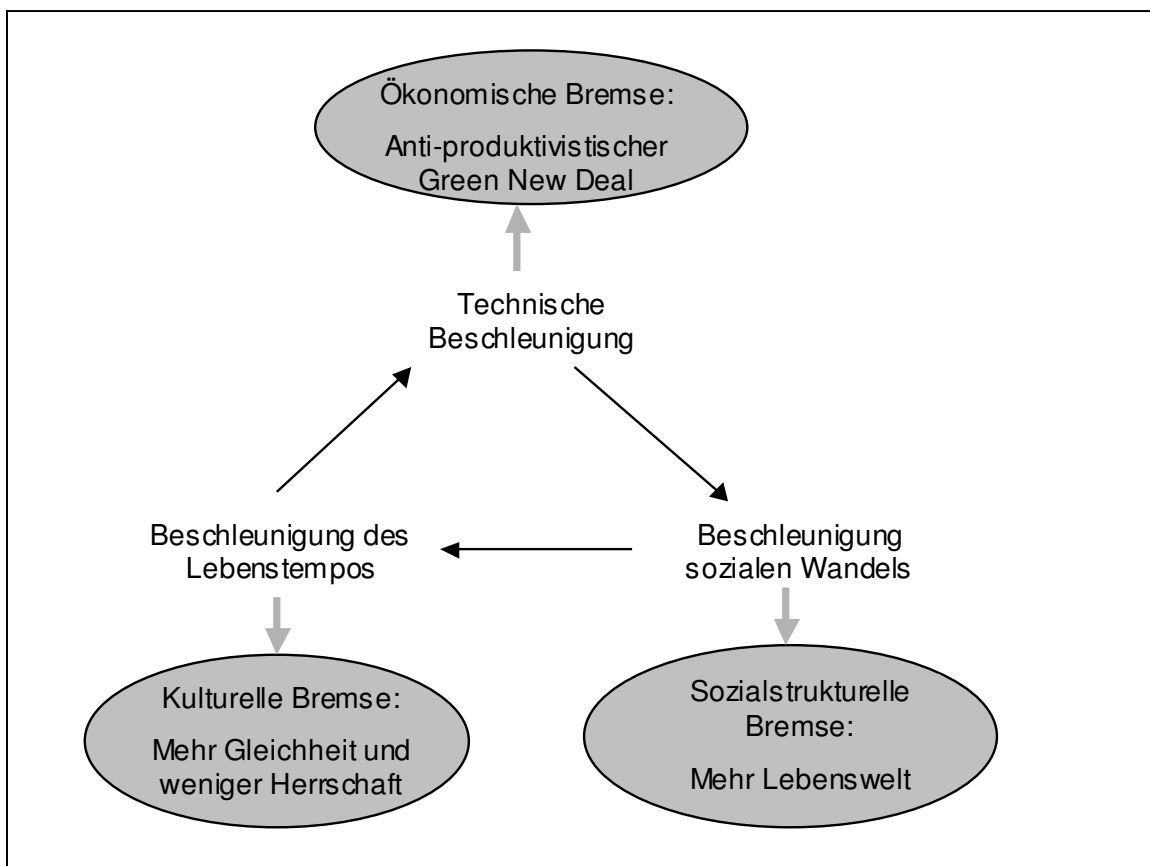


Abb.2: Beschleunigungsbremsen durch ein ökologisches Grundeinkommen

## Literatur

- BUND, EED (Hg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Frankfurt a.M., S. 607
- DIW (2009): Wochenbericht des DIW Berlin Nr.14/2009
- Economist Intelligence Unit (2011): German Green City Index
- Fromm, Erich (1999): Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Band V, S.309-316. München 1999. Original (1966): The Psychological Aspects of Guaranteed Income, New York
- Infras (o.J.): Soziale und räumliche Wirkung von Energieabgaben. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Z-1, Bern
- Offe, Claus (2009): Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf die Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat, S. 21. In: Neuendorf/Peter/Wolf (Hg.) 2009: Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit. Hamburg.
- Skidelsky, Edward & Robert (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München. Original: Robert und Edward Skidelsky 2012: How much is enough? The Love of Money, and the Case for the Good Life, London
- Rosa, Hartmut (2012): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik. Frankfurt/M.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen der Moderne. Frankfurt/M.)
- Schachtschneider, Ulrich (2009): Green New Deal, Sackgasse und sonst nichts? RLS Standpunkte 17/2009 [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)
- Wilkinson, Richard /Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Original: Wilkinson/Pickett 2009: The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Do Better, London